

## Eidesstattliche Erklärung Otto Meißners in Nürnberg (Auszug).

25. Nov. 1945.

. . . zur Besprechung Hindenburg-Hitler am 13. Aug. 1932

„Hier bezog sich Hindenburg mit sichtlich Erregung auf verschiedene Vorgänge der jüngsten Zeit – Zusammenstöße zwischen den Nazis und der Polizei, Gewaltakte von Hitler-Anhängern gegen Andersgesinnte, Ausschreitungen gegen Juden und andere illegale Handlungen. Alle diese Zwischenfälle hatten ihn in seiner Überzeugung bestärkt, daß in der Partei eine Menge zügelloser Elemente waren, die man nicht genug in der Hand hatte. Konflikte mit dem Ausland müßten ebenfalls unter allen Umständen vermieden werden. Hindenburg schlug Hitler vor, mit den andern Parteien, vor allem mit Rechtsparteien und dem Zentrum, zusammenzuarbeiten. Er sollte den einseitigen Gedanken aufgeben, die ganze Macht haben zu müssen. Durch eine Zusammenarbeit mit andern Parteien würde er zu zeigen vermögen, was er leisten und besser machen könne. Wenn er positive Ergebnisse aufweisen könnte, würde er selbst in einer Koalitionsregierung zunehmenden Einfluß gewinnen. Dies würde auch die weitverbreitete Befürchtung entkräften, daß eine nationalsozialistische Regierung ihre Macht mißbrauche. Hindenburg fügte hinzu, daß er bereit sei, Hitler und seine Bewegung innerhalb einer Koalitionsregierung zu akzeptieren, über deren genaue Zusammensetzung man noch verhandeln könne. Aber man könne es nicht verantworten, Hitler allein die ausschließliche Macht zu erteilen. Aber Hitler blieb felsenfest bei seiner Weigerung, sich in eine Lage zu begeben, in der er mit den Führern anderer Parteien verhandeln und einer Koalitionsregierung gegenüberstehen mußte.“

## . . . zu den Verhandlungen zw. v. Papen u. Hitler 1933

„Papen wurde entlassen, weil er die Nationalsozialisten bekämpfen wollte und in der Reichswehr nicht die Unterstützung für eine solche Politik fand, und [. . .] Schleicher kam an die Macht weil er glaubte, er könne eine Regierung bilden, welche die Unterstützung der Nationalsozialisten hätte. Als deutlich wurde, daß Hitler nicht bereit war, in Schleichers Kabinett einzutreten und daß Schleicher wiederum nicht in der Lage war, die NSDAP zu spalten, wie er es sich mit Hilfe Gregor Strassers erhofft hatte, war die Politik, zu deren Zweck Schleicher zum Kanzler ernannt worden war, gestrandet. Schleicher war bewußt, daß Hitler wegen seines Versuchs, die Partei zu spalten, gegen ihn besonders verbittert war und daher niemals einer Kooperation mit ihm zustimmen würde. Also änderte er jetzt seine Meinung und beschloß, gegen die Nazis zu kämpfen – was bedeutete, daß er nun eine Politik verfolgen wollte, gegen die er scharf opponiert hatte, als Papen sie wenige Wochen zuvor vorschlug. Schleicher kam deshalb mit der Forderung nach einer Notverordnung als Voraussetzung für ein Vorgehen gegen die Nazis zu Hindenburg. Außerdem hielt er es für notwendig, den Reichstag aufzulösen und sogar vorübergehend auszuschalten, und dieses sollte durch Präsidialverordnungen auf der Grundlage von Artikel 48 geschehen – die Umwandlung seiner Regierung in eine Militärdiktatur, und die allgemeine Regierung auf der Grundlage von Artikel 48.“

„Schleicher machte diese Vorschläge gegenüber Hindenburg zuerst Mitte Januar 1933, doch Hindenburg ließ sofort große Zweifel an deren Verfassungsmäßigkeit erkennen. In der Zwischenzeit war Papen nach Berlin zurückgekehrt und hatte durch Vermittlung von Hindenburgs Sohn mehrere Unterredungen mit dem Präsidenten gehabt. Als Schleicher erneut Notverordnungen forderte, erklärte Hindenburg, daß er nicht in der Lage sei, ihm einen solchen Blankoscheck auszustellen und sich die Entscheidung in jedem einzelnen Fall selbst vorbehalten müsse. Schleicher sagte seinerseits, daß er unter diesen Umständen nicht imstande sei, im Amt zu bleiben und reichte am 28. Januar seinen Rücktritt ein.“

„Mitte Januar, als Schleicher zum ersten Mal Notverordnungen forderte, war Hindenburg der Kontakt zwischen Papen und Hitler nicht bekannt – insbesondere deren Treffen im Haus des Kölner Bankiers Kurt von Schroeder. In der zweiten Januarhälfte spielte Papen eine zunehmend wichtige Rolle im Haus des Reichspräsidenten, doch trotz Papens Beeinflussung war Hindenburg bis Ende Januar äußerst zögerlich, Hitler zum Kanzler zu ernennen. Er wollte Papen wieder als Kanzler. Papen gewann ihn schließlich für Hitler mit dem Argument, daß die Abgeordneten der anderen Rechtsparteien, die der Regierung angehören würden, Hitlers Handlungsfreiheit einschränken würden. Darüber hinaus brachte Papen seine Bedenken zum Ausdruck, daß wenn die gegenwärtige Gelegenheit erneut verpaßt würde, ein Aufstand der Nationalsozialisten und Bürgerkrieg wahrscheinlich seien.“

„Viele der persönlichen Freunde Hindenburgs, wie Oldenburg-Januschau, wirkten in die gleiche Richtung wie Papen, auch General von Blomberg. Der Sohn des Präsidenten und Adjutant,

Oskar von Hindenburg, war bis zum letzten Moment gegen die Nazis. Der Wendepunkt, an dem sich seine Ansichten änderten, kam Ende Januar. Auf Papens Vorschlag war ein Treffen zwischen Hitler und Oskar von Hindenburg im Hause Ribbentrops arrangiert worden. Oskar von Hindenburg bat mich, ihn zu begleiten; wir nahmen ein Taxi, um die Verabredung geheim zu halten, und fuhren zu Ribbentrops Haus. Bei unserer Ankunft fanden wir eine große Gesellschaft versammelt; unter den Anwesenden befanden sich Göring und Frick.“

„Oskar von Hindenburg wurde mitgeteilt, daß Hitler tête à tête mit ihm sprechen wolle; da Hindenburg mich gebeten hatte, ihn zu begleiten, war ich etwas überrascht, daß er diesen Vorschlag akzeptierte und zu einem Gespräch, das recht lange dauerte – etwa eine Stunde – in einen anderen Raum verschwand. Worüber sich Hitler und Oskar von Hindenburg während dieses Gespräches unterhielten, weiß ich nicht.“

„Auf dem Rückweg im Taxi war Oskar von Hindenburg sehr still; die einzige Bemerkung, die er machte, war daß es nichts helfe, die Nazis müßten in die Regierung aufgenommen werden. Mein Eindruck war, daß Hitler es geschafft hatte, ihn in seinen Bann zu ziehen. [ . . . ]“

### . . . zum Ermächtigungsgesetz vom 23. März 1933

„Diese Regierung war eine verfassungsmäßige Koalitionsregierung der politischen und parlamentarischen Rechten, in der zwar Hitler die Führung, die ‚Bürgerlichen‘, also Nicht-Naziminister, aber die große Mehrheit hatten. Die Bildung dieses Kabinetts wurde damals von allen Beteiligten als die einzige und letzte Möglichkeit einer verfassungsmäßigen Lösung angesehen. Der Wunsch oder die Absicht, aus diesem Kabinett ein totales Regiment der NSDAP oder eine Diktatur Hitler zu entwickeln, bestand bei keinem der an dieser Regierungsbildung beteiligten Partner.“

„Bei der Koalitionsbildung war wohl die Rede von einer Reichstagswahl, einem Appell an das Volk und von besonderen Vollmachten in einem Ermächtigungsgesetz im Sinne der Vollmachten, die der Reichstag im Herbst 1923 der damaligen Regierung zur Überwindung der Inflation erteilt hatte. Von einem unbegrenzten und weitgehenden Ermächtigungsgesetz, wie es am 23. März 1933 dann von dem Reichstag beschlossen wurde, war damals ebensowenig die Rede, wie von der Forderung der Auflösung der Parteien mit Ausnahme der kommunistischen.“